

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. G. Schmidt, Dresden,  
Kauf der Kaserne, Anstalten  
und Kassen, K.-O., Dresden,  
Gebäude Kerkhof, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Vertrieb: Dresden, Montag, den 22. September 1930

Abbestellung: Bestellungen in Dresden: Postamt Nr. 1208, Dresden  
Bestellungsstelle: Postamt Nr. 1208, Dresden  
Bestellungspreis: 1,20 M. pro Quartal, 3,60 M. pro Halbjahr, 7,20 M. pro Jahr

Abbestellung: Bestellungen in Dresden: Postamt Nr. 1208, Dresden  
Bestellungsstelle: Postamt Nr. 1208, Dresden  
Bestellungspreis: 1,20 M. pro Quartal, 3,60 M. pro Halbjahr, 7,20 M. pro Jahr

Nr. 221

Dresden, Montag, den 22. September 1930

41. Jahrgang

## Flucht übers Wasser

Niemand behauptet, daß Europa durch den Weltkrieg Gleichgewicht und Einheitlichkeit gewonnen hätte. Es sank wie ein Betrunkener; es torstelt mehr als es geht. Eine Nationen können nicht leben und nicht sterben. Jede ist in Finanznot, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskalamität verstrickt. Dabei hat sich jede einen neuen Vandalen gesetzt, jede wartet auf den Augenblick, da sie über den oder den Rivalen herfallen könnte, jede trägt ihre nationalen Wunden auf silbernen Tablett vor sich her, als sei das der Adel der Welt.

Ein lächerlicher Anblick. Denn heute fliegt ein Flugzeug in einem Tage von Norden nach Süden, von Westen nach Osten über das ganze Narrenhaus — so klein ist es geworden. Die Staatsmänner diskutieren Abrüstung und Panzer seit Jahren, verziehen die Entscheidung immer oder vom Sommer zum Winter, vom Winter zum Sommer. Die gemeinsame Kapitalismus ist dabei allemal die einzige Beside. Denn der Kapitalismus kann Erdteile zerlegen, ausbeuten, in Kriege hegen — sie zu einem, liegt es nur, wenn er dabei sicher verdient, gut verdient oder in ihm die Verblüffung ans Lebenslicht geht.

Aber ich wollte ja eigentlich von Pirandello von dem bekannten Theatermann und Dramatiker. Von ihm hat sich Europa dieser Tage einen Abschiedsbrief zugehen. Pirandello will sich in amerikanische Gefilde zurückziehen. Europa ist ihm zu verdirrt und vergreift, zu jung und elastisch. Der Dichter erhofft sich drüben ein Lebensstempel.

Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, du alle, hast keine verfallenen Schlösser und keine Verfallenen...

Ich schon Goethe, Pirandello hat's auch besser; das Geld überfähre langt bei ihm und er kann sich mit allerhand untererfolgen ins Privatleben nach Kalifornien zurückziehen. Seine Erklärung jedoch genügt uns nicht. Denn Pirandello ist doch Italiener, sogar ein prominenter. Italien durchlebt doch, laut Mussolinis Zeitungsartikeln, gegenwärtig eine Periode der Renaissance, der Erneuerung, des Aufbaus! Neues Leben blüht doch da unten gleich aus den Ruinen. Wir hören fortwährend Hymnen auf Mussolinis Reinigung und Verjüngung — ein prominenter, unpolitischer, in seiner Heimat durchaus wohlhabender Italiener in guter Position aber schüttelt den italienischen Staat von seinen Füßen, haut nach Amerika ab und flucht der europäischen Vergreisung? Das klingt anders als die Gefänge der faschistischen Schmöde und stimmt merklich überein mit der Tatsache, daß man vom italienischen Lebensleben, von der Kunst des Apenninlandes lange Zeit mehr gehört hat. Sie stagnieren und verkümmern. Kunst und Wissenschaft sind ohne Gedankenfreiheit verfallen, und Diktatur ertönt die Pfaffen.

Pirandellos Abschied von Europa ist die Flucht aus dem verjüngten, erneuerten Italien. Er flieht, ehe der Käfig auch für ihn verfallen ist. Denn das ist auch zur Erneuerung Mussolinis, daß der italienische Faschismus seinen Gegnern selbst das Menschenbild nimmt, eine neue Heimat zu jenen, daß er ihnen verbannt, den Käfig zu verlassen — ähnlich jenen abnormen, die unkontrollierbare Leute aus dem Zimmer nicht oder hinauslassen, ohne zu schnappen. Mit welchem Verstand jedoch eine Beleidigung des Bundesgeheimnisses nicht befreit ist.

Dr. Holzhammer.

## Bankpräsident gegen Regierung

Abtritt des Letters der Bank von Frankreich  
Paris, 20. September. (Fig. Draht.)  
Die Finanzpolitik Kardiens und seines Finanzministers, die in dem Budget-Voranschlag für 1931 mit seinen ungeheuren Lebensausgaben und seiner Abkehr von der hauswirtschaftlichen Vorsicht Polinards ihren vorläufig letzten Ausdruck gefunden haben, ist zu einer Spannung zwischen der Regierung und dem Bankpräsidenten geführt worden. Schon seit einiger Zeit sind Gerüchte um, daß der derzeitige Gouverneur der Bank von Frankreich, der im Jahre 1925 von Cartaux an die Spitze der französischen Zentralbank berufen worden war, gegen die unkonventionellen Finanzmethoden Kardiens und Renaux' Protest erhoben habe. Er scheint jetzt die Verantwortung für die Währungs- und Finanzpolitik Frankreichs nicht mehr weiter über sich zu wollen, denn er hat schon dem letzten Ministerrat am vergangenen Donnerstag, seine Demission unterbreitet.

Offiziell begründet man den Rücktritt des Staatsbankpräsidenten mit Gesundheitsrückfällen. Die Tatsache aber, daß Renaux' voraussetzliche die Leitung einer Pariser Privatbank übernahm, will damit nicht übereinstimmen. Als Nachfolger von Renaux' in Paris Finanz- und Währungsminister in erster Linie der Minister Herrmann Martin, dann der stellvertretende Gouverneur der Bank von Frankreich, Kocet, und schließlich der Leiter der Staatlichen Devisenstelle, Tannern, genannt. Auf Entscheidung dürfte voraussichtlich im kommenden Ministerrat am 4. Oktober fallen.

## Immer wieder dasselbe

# Wiederkäuer Brüning

Wirth und Brüning gegen die Putschgerüchte

Sowohl der Reichskanzler wie auch der Reichsinnenminister haben sich Vertretern der amerikanischen Presse gegenüber über die Putschgerüchte geäußert. Der Reichskanzler gewährte dem Vertreter der United Press am Sonnabend eine Unterredung. Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie, Herr Reichskanzler, die im Ausland verbreiteten Gerüchte über Putschversuche?“, erklärte der Reichskanzler:

„Ich entnehme aus Ihrer Frage, daß Sie auf amerikanische Pressestimmen anspielen, welche von einer von radikaler Seite drohenden Gefahr sprechen.“

Die beste Antwort auf diese Frage ist ein Hinweis auf die schon ja bekannte tatsächliche Lage in Deutschland. Ich bin überzeugt, daß Sie schon von sich aus Ihren Lesern mitteilen werden, daß sich keine Putschgefahr, auch nicht in einem einzelnen Bezirk, in Deutschland gezeigt hat. Die Reichsregierung hat deshalb auch unbekümmert um solche Gerüchte und um den Ausgang der Wahlen ihre ganze Kraft auf die sachlichen Aufgaben richten können, die darin bestehen, die während des Sommer in Angriff genommenen und verschiedentlich auch zum Abschluß gebrachten Arbeiten fortzusetzen und auszuführen. Sie ist bei dem einmütigen Willen, auf diesem Wege Fortschritte zu machen, da sie davon überzeugt sein kann, daß sie bei dieser ihrer Aufgabe die Unterstützung aller finden wird, die die beste Garantie für eine friedlichen Entwicklung in eben dieser sachlichen Arbeit sehen. Das ist trotz dem Ausgang der Wahlen die Mehrheit des deutschen Volkes. Ebenso wie diese überwiegende Mehrheit in dem schweren Kampf seit dem Zusammenbruch immer den festen Willen zu Ruhe und Ordnung gezeigt hat, ebenso sicher bin ich, daß dieser gesunde Sinn des deutschen Volkes sich auch in der Zukunft durchsetzen wird.

Das deutsche Volk war von jeher ein Volk der Arbeit und hat sich selbst in schweren Zeiten durch eigene Kraft und nichterne Einschüßung des Wohlstandes vorwärtsgeholfen; dieser gesunde Sinn des deutschen Volkes ist die beste Garantie für die rasche Beseitigung der Aufbauarbeit, welche der Reichsregierung obliegt. Lokale Störungen sind hier und da auch in früheren Jahren vorgekommen. Die staatlichen Machtmittel der Bundespolizeibehörden reichen vollkommen aus, um solche Unruhen im Keim zu ersticken.“

Reichsinnenminister Dr. Wirth gewährte dem Berliner Vertreter des International News Service ein Interview, in dem er u. a. folgendes ausführte:

Nach sorgfältiger und kritischer Prüfung der politischen Lage in Deutschland, wie sie mir amontändig zukommt, kann von einer Putschgefahr nicht gesprochen werden. Die kleine Minderheit ist absolut fest in der Hand des Herrn Reichspräsidenten. Versuche, in der Reichswehr sogenannte nationalsozialistische Zellen zu bilden, sind absolut gescheitert. Ein Prozeß wird in den nächsten Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig entschieden werden. Jeder die Polizei kann — abgesehen von dem Falle in Thüringen, wo mir durch Sperrung der Polizeigebäude eingegriffen haben — ebenfalls gezeigt werden, daß sie ein zuverlässiges Instrument in den Händen der Länder besitzt. Jeder Versuch, mit Gewalt irgendetwas gegen die Autorität des

Staates anzugehen, würde — das ist die feste Überzeugung der gesamten Reichsregierung — schon im Keime erstickt werden. In Bezugnahme auf revolutionäre Intrigen von rechts oder links ist keine Veranlassung gegeben. Selbstverständlich erfordert die explosionsartig zutage getretene Radikalisierung der deutschen Wähler nicht nur größte Aufmerksamkeit von allen nichtrevolutionären Parteien, sondern man muß sich auch aufständig und ehelich Rechenschaft darüber geben, ob es fernhin angebracht ist, Deutschland und seine Jugend, die zum größten Teil ohne Hoffnung lebt, unter unethischen Bedingungen dahinsiechen zu lassen.“

Soweit die Herren Brüning und Wirth davon sprechen, daß die deutschen Wähler die notwendigen Machtmittel haben, um etwaige Putschversuche niederzuschlagen, ist kaum etwas dazu zu sagen, insbesondere in Bezugnahme auf die Putschgerüchte, daß alle Putschversuche sofort unterdrückt werden.

Der Reichskanzler hat sich aber nicht nur darauf beschränkt, über die Putschgerüchte zu sprechen, sondern er hat zum soundsowolsten Male versichert, daß die Reichsregierung sich weder durch irgendwelche Gerüchte noch durch den Ausfall der Wahlen davon abhalten lassen werde, weiter auf dem Wege fortzufahren, den sie vor den Wahlen eingeschlagen habe.

Herr Brüning lehnt es offenbar hartnäckig ab, sich überhaupt mit der Frage zu beschäftigen, welche Folgerungen für die Führung der Regierungsgeschäfte in Deutschland aus den Wahlen zu ziehen sind. Er tut so, als wenn er nichts davon wüßte, daß in Deutschland eine Regierung, wenn sie weiterkommen will, zum mindesten keine Mehrheit gegen sich haben darf, die sie mit einem Mißtrauensvotum zum Teufel jagt, und er scheint sich gar nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, was zu tun sei, damit eine solche Mehrheit nicht zustande kommt. Sollte der derzeitige Inhaber des Reichskanzleramts sich wirklich nicht darüber klar sein, daß die Sozialdemokratie eine einfache Fortführung der Methoden, die die Regierung im Sommer mit seiner Notverordnung einschlug, nicht dulden wird, daß die Regierung, wenn sie nicht den entschiedenen Kampf mit der Sozialdemokratie haben will, an den in der Notverordnung enthaltenen, gegen die proletarischen Massen gerichteten Maßnahmen nicht festhalten darf.

Das gleiche Lied wie bei Herrn Brüning hört man auch von der Deutschen Volkspartei. Auch dort heißt es: es muß so weitergehen, wie es vor den Wahlen war. Das amtliche Organ der Deutschen Volkspartei in Berlin, die Berliner Stimmen, erklären, daß Herr Scholz das unbedingte Vertrauen seiner Fraktion besitze und deswegen weiterhin Partei- und Fraktionsführer bleiben werde, und daß sich die Fraktion nach wie vor für die Reformpolitik des Kabinetts Brüning einsetze. Nun, man wird ja sehen, wie weit die Herrschaften damit kommen, wenn sie so tun, als wenn seit dem Sommer in Deutschland überhaupt nichts passiert wäre. Es wird da vielleicht ein unangenehmes Erwachen geben.

## Außenpolitik des Hakenkreuzes

Was sie täten, wenn sie am Ruder wären

Das muß ein erleuchteter Kopf sein. Versteht er? Ein feiner, politischer Kopf. Schiller, Räuber.

„Die deutschen Wahlen“, schreibt der Figaro über den 14. September, „haben nur einen Sinn: die Revanche, das heißt den Krieg“. Das ist in allerdings pessimistischer Zustimmung der Eindruck, den die öffentliche Meinung aller Länder von dem Aufstieg der Hitler-Partei hat: daß die Versöhnungspolitik, die eine friedliche Entwicklung des Erdteils verbürgen sollte, ernstlich bedroht ist. Überall Sorge, überall Unruhe, überall Kopfschütteln. Aber obwohl die Welt wirklich mit allem, ja mit allem eher rechnen darf, als daß in der auswärtigen Politik Deutschlands über kurz oder lang der Kurs Hitlers gesteuert wird, und obwohl die sechs Millionen nationalsozialistischer Wähler keineswegs alle bewußte Revanchards sind, ist eine Antwort auf die Frage: Wie sieht die Außenpolitik des Hakenkreuzes aus? sehr aufschlußreich, zumal wenn sie aus beruflichen Runden kommt. Also her mit Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik“ von Alfred Rosenbergs! Der Name klingt verächtlich, aber der Mann ist erst: aus dem engsten Kreis der Reichsregierung, der des Völkischen Beobachters, seit

letzten Sonntag M. d. R., gehört er fast sagen zu den nationalsozialistischen „Weissen von Zion“. Bei ihm wird man erfahren, wo Barthel den Most halt.

Selbstverständlich ist in seinem geschichtlichen Teil das Opus ein Märchenbuch. Die Ernennung Franz Ferdinands durch die Freimaurer, die Erdbebung der deutschen Front durch die Sozialdemokratie, die deutschfeindliche Politik Stresemanns, die Weltbeherrschung des jüdischen Finanzkapitals — wie anatomische Präparate von Ideenmischgebirgen reißt sich das in Rosenbergs Darstellung auf. Aber dann kößt man — hurra! — auf eine Idee, auf die Idee, auf die Leitidee der „völkischen“ Außenpolitik: ihr Ziel muß sein „Raum und Boden für ein deutsches Geschlecht von hundert Millionen“. Zieldiener: Land für deutsche Bauern. Aber die Politik einer angeblich revolutionären und sozialistischen Partei wie der Hitlers denkt nicht etwa daran, dieses Zielmischgebirg durch Verschlagung des ostelbischen Großgrundbesitzes zu gewinnen — weit gefehlt! Das Mittel heißt vielmehr „Ausweitung“ des deutschen Lebensraumes“ nach Osten, deutlicher: Krieg gegen Polen, Litwaken usw., zum Zweck der Ausrottung oder Verdrängung dieser Völker. Um